

Antrag

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 10.04.2014

Ltg.-371/A-3/26-2014

R- u. V-Ausschuss

der Abgeordneten **Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber, Königsberger, Weiderbauer, Ing. Huber** und **Landbauer**

betreffend: **Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Falle des Hypo-Alpe-Adria-Finanzdebakels**

Anlässlich des wohl größten Finanzdebakels in der Zweiten Republik rund um die Hypo-Alpe-Adria-Bank und die dadurch entstandene enorme Belastung der Steuerzahler ist es dringend und rasch erforderlich, die politische Verantwortlichkeit in dieser Causa zu hinterfragen und zu klären. Insbesondere die völlige Unklarheit über die exakten Verluste und Schuldenstände sind beispiellos für die österreichische Finanzgebarung. Die Verantwortung von Bankenaufsicht, Kontroll-, Prüf- und Aufsichtstätigkeiten bleiben hier im Verborgenen.

Auch die Notwendigkeit, die Zusammenhänge und die Hintergründe der Verstaatlichung im Jahr 2009 sind nicht restlos klargestellt. Es ist bekanntermaßen so, dass durch die „Notverstaatlichung“ ohne Not die Republik und damit die Steuerzahler de facto eine Gesellschaft mit unbegrenzter Haftung darstellen, die für die Verbindlichkeiten der Bank geradestehen. Dies führt bis zum heutigen Tag dazu, dass an sich wertlose Anleihen der Hypo-Alpe-Adria mit Gewinn gehandelt werden, weil den Finanzmärkten klar zu sein scheint, dass ohnehin die Republik Österreich dafür garantiert, dass aus den Schrottpapieren im wahrsten Sinne des Wortes Gold wird, mit einer Rendite von bis zu sieben Prozent pro Jahr.

Die Aneinanderreihung von Versäumnissen politischer Entscheidungsträger scheint unendlich zu sein, dafür sollte jedoch der niederösterreichische Steuerzahler nicht bezahlen müssen. Es ist unumstritten, dass die Österreicher jahrelang unter einer besonders hohen Steuerbelastung leiden werden. Dennoch zeigt sich die Bundesregierung zum derzeitigen Zeitpunkt nicht bereit, das dafür vorgesehene Gremium des parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit der Klärung der politischen Verantwortlichkeit zu betrauen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich für die Einsetzung eines parlamentarischen Hypo-Alpe-Adria-Untersuchungsausschusses aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, an die Bundesregierung heranzutreten damit sich diese für die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses einsetzt.
- 3) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, an die Bundesregierung, insbesondere an den Finanzminister heranzutreten, damit gewährleistet wird, dass es im Zuge der kommenden Finanzausgleichsverhandlungen zu keinen Kürzungen für Niederösterreich kommt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 8. Mai 2014 möglich ist.